

Landtagswahl Steiermark
26. September 2010

KPÖ-Landtagsklub
Herrengasse 16/3
8010 Graz

Tel.: 0316 877 51 04
Fax: 0316 877 51 08

claudia.klimt-weithaler@stmk.gv.at



Claudia Klimt-Weithaler



Liste 3 - KPÖ



**Griechenland ist überall:
Die Banken
werden gerettet,
wir sollen zahlen**



750 Milliarden Euro für Banken und Versicherungen
– Belastungen und Lohnkürzungen für die große
Mehrheit der Bevölkerung: Das ist die Wahrheit hin-
ter den großen Reden von der „Rettung Europas“.
Griechenland ist überall.

„Euro-Rettung“ trifft uns alle



Unser Leben
ist mehr wert
als eure
Profite

KPO
Liste 3 **wirkt**

zuhören. helfen.



Die Blase platzt

Die Krise ist nicht aus dem heiteren Himmel gekommen. Sie ist eine Folge des Aufbaus der EU und der Konstruktion des Euro. Einen Kapitalismus ohne Krisen gibt es nicht. Während die EU zuschaut, wie Arbeitsplätze vernichtet und hunderttausende Menschen um ihre Lebensperspektiven gebracht werden, handelt man blitzschnell, wenn die Börse um Hilfe schreit. Es geht beim beschlossenen 750-Milliarden-Euro-Paket nicht um die Rettung des Euro vor den Spekulanten, sondern darum, die Kosten der Krise zur Gänze auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen.

Zuerst haben die Staaten den Banken Milliarden gegeben, um sie vor dem Kollaps zu retten. Jetzt spekulieren Banken, Versicherungen und Pensionsfonds gegen die Staaten, die sich deshalb verschuldet haben. Und es wird noch mehr gezahlt, damit die Banken zufrieden sind.

Demokratie ?

In einer Nacht hat die EU deshalb ihre eigenen Regeln außer Kraft gesetzt. Sie stützt sich auf zwei Notstands- und Ermächtigungsparagraphen, die im Lissabonner Vertrag versteckt sind (Artikel 122 und 136). Was hat man aber vor dem Beschluss über diesen Vertrag gesagt? Er würde mehr Demokratie bringen. Beim Geld hört der Spaß auf. Da entscheiden die Milliardäre blitzschnell über die Interessen von Millionen Menschen.

Sozialabbau

Sie reden von Gerechtigkeit. In Wirklichkeit geht es ihnen nur um eines: Wie können die Profite der Finanzkonzerne und der Banken abgesichert werden? Deshalb fordern sie jetzt Lohnkürzungen, Sozialabbau und noch mehr Privatisierungen.

Gleichzeitig gibt es weiterhin Tag für Tag Milliardengewinne an den Finanzmärkten – und zwar ohne Kontrollen: Über Regeln für Hedgefonds und eine Kapitalverkehrssteuer wurde bisher nur geredet, um die Leute zu beruhigen. Es wird verschwiegen, dass engste Vertrauensleute der herrschenden Parteien zu den Spekulanten gehören, die öffentlich angeprangert werden.

Claudia Klimt-Weithaler:

„Die Bevölkerung hat weder in Österreich noch in Griechenland etwas vom Hilfspaket für Banken und Spekulanten. Mit 750 Milliarden wird ein bankrottes System am Leben erhalten. Mit gewaltigen neuen Schulden alte Schulden zu begleichen, ist eine sehr armselige Politik.“

Das will die KPÖ:

- ⇒ Die steirische KPÖ fordert stattdessen als Schutzmaßnahme für die Bevölkerung die sofortige Vergesellschaftung des gesamten Banken- und Versicherungssystems in Österreich unter demokratischer Kontrolle. Halbherzige Maßnahmen helfen nicht mehr weiter.
- ⇒ Wir verlangen die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen, eine gesetzliche Beschränkung spekulativer Finanzgeschäfte, das Verbot von Hedgefonds und anderen hochspekulativen Finanzprodukten.
- ⇒ Wir fordern die Einhebung einer Finanztransaktionssteuer und die Besteuerung von Vermögen und Gewinnen.

auf die Leute schauen

